

Bilanz der Fraktion
Die Linke im Sächsischen Landtag
in der 7. Wahlperiode

Im Landtag für Gerechtigkeit

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460
linksfraktion@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P. Kevin Reißig

Stand: April 2024

Alle Drucksachen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de>

**Dieses Material darf nicht zu
Wahlkampfzwecken verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren
parlamentarischen Initiativen finden Sie
unter: *www.linksfraktion-sachsen.de***

Vorwort

Als die Linksfraktion im September 2019 mit 14 Abgeordneten startete, war nicht zu erahnen, dass die Krise der Normalfall sein würde. Pandemie, Ukrainekrieg, Preiserhöhungen und die Klimaerhitzung forderten und fordern uns alle enorm heraus. Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich doppelt. Die Koalition aus CDU, Grünen und SPD fand und findet kaum gemeinsame Antworten – und ihre vielstimmige Krisenkommunikation hat oft Vertrauen zerstört. Aus Fehlern ist zu lernen. Stattdessen präsentiert sich die Regierung bis zuletzt kraftlos und zerstritten.

Aus ideologischen Gründen hält die Regierung am als »Schuldenbremse« getarnten Investitionsverbot fest – mit spürbaren Folgen, weil so dem Haushalt unnötig viel Geld entzogen wird. Zu einer Verfassungsänderung fehlt der Koalition die Kraft. Innenminister Roland Wöllner war ein Totalausfall, er hat sich vor allem um sich selbst und seine Günstlinge gekümmert. Sein Nachfolger Armin Schuster schaltete nach kürzester Zeit in den Wahlkampfmodus: gegen Geflüchtete, gegen demokratische Spielregeln, gegen linksalternative Strukturen. Regionalminister Schmidt agiert beim Strukturwandel als Gutsherr

und vergisst, dass die Menschen in den Kohlerevieren am Transformationsprozess beteiligt werden wollen. Die Ärzteversorgung bleibt mangelhaft, die Krankenhauslandschaft gefährdet, an den Schulen fehlen tausende Lehrkräfte. In den Städten Dresden und Leipzig explodieren die Mieten, während die Nahversorgung, die Verkehrsanbindung und der Breitbandausbau auf dem Lande eine Katastrophe sind. Bei den Löhnen und Tarifverträgen bleibt der Freistaat Schlusslicht – während sich rechtsextreme Strukturen weiter ausbreiten konnten als irgendwo sonst in Deutschland.

Wir kritisieren das Handeln der aktuellen Regierung von Anfang an hart, aber sachlich und lösungsorientiert. Dabei setzen wir klare Schwerpunkte, wie diese Broschüre zeigt. Entsprechend der sächsischen Polit-Unkultur stimmt die Koalition aus Prinzip gegen alle Vorschläge, die wir als soziale Opposition im Landtag machen. Wir lassen dennoch nicht locker, denn unser Land muss gerechter werden. Die Koalition darf deshalb gern weiterhin von unseren guten Vorschlägen abschreiben. Das hat sie bei einer Reihe von Punkten durch-
aus getan. Opposition wirkt!

Rico Gebhardt
*Fraktionsvorsitzender
im Frühjahr 2024*

Franz Sodann
Sprecher für Kultur-
und Erinnerungspolitik,
Denkmal- und
Verbraucherschutz

Mirko Schultze
Sprecher für
Kommunalpolitik und
Bevölkerungsschutz

Juliane Nagel
Sprecherin für Migrations-,
Asyl- und Wohnungspolitik

Marco Böhme
Parlamentarischer
Geschäftsführer,
Sprecher für Klimaschutz,
Energie und Mobilität

Anna Gorskih
Sprecherin für
Jugend- und
Hochschulpolitik

Antonia Mertsching
Sprecherin für Umwelt-,
Nachhaltigkeits- und
Entwicklungspolitik

Kerstin Köditz
Sprecherin für antifaschistische Politik
und Sprecherin für Innenpolitik

Susanne Schaper
Sprecherin für Soziales,
Gesundheit und Familie und
Tierschutzpolitische Sprecherin

Marika-Tändler-Walenta
Sprecherin für Kita, Europa
und Sportpolitik



Nico Brünler
Sprecher für
Wirtschaft,
Haushalt,
Finanzen und
Digitalisierung

Antje Feiks
Sprecherin für ländliche
Regionen, Tourismus,
Netzpolitik und Medien

Luise Neuhaus-Wartenberg
Vizepräsidentin des Sächsischen
Landtags, Sprecherin für
Bildungspolitik und die Belange
der ostdeutschen Länder

Sarah Buddeberg
Sprecherin für Gleichstellungs-
und Queerpolitik und Inklusion

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender,
Sprecher für
Verfassungs-
und Rechtspolitik

Wer wir sind und was wir machen

14 Abgeordnete sitzen für die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag.

In der 7. Wahlperiode erarbeiteten sie

- **291** Anträge
- **268** Änderungsanträge
- **4750** Kleine Anfragen
- **17** Große Anfragen
- **27** Gesetzentwürfe
- **26** Entschließungsanträge
- **zwei** Dringlichkeitsanträge

Alle Drucksachen sind unter <https://edas.landtag.sachsen.de> nachlesbar.

Klare Schwerpunkte: Sachsen gerechter machen!

Wir stehen konsequent für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus und Frieden. Wir sind für die arbeitenden Menschen da: Standort- und Arbeitsplatzsicherheit, gute Arbeit und gute Löhne sind unser Ziel. Wir haben die Interessen der Mehrheit im Blick, auch wenn manche das Gegenteil behaupten. Alle können nachlesen, womit sich unsere Landtagsfraktion seit 2019 befasst hat: Mehr als 400 der bisher über 500 Anträge und Gesetzentwürfe widmen sich Themen wie Löhne, Bildung, Gesundheit, Armut, Wohnen, Klimaschutz, Verkehr und Wirtschaft – immer verbunden mit sozialer Gerechtigkeit. Unsere Prioritäten sind klar: Wir wollen Sachsen gerechter machen und dafür sorgen, dass der Staat funktioniert – also alle wichtigen Güter und Dienstleistungen vorhält, die wir für ein gutes Leben brauchen.

• **Löhne rauf:**

Ein Grundproblem ist das niedrige Lohnniveau in Sachsen – ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten erhält nur einen Niedriglohn. Wer von seiner Hände Arbeit nicht leben kann, ist jetzt mit der Preissteigerung überfordert und im Alter nicht abgesichert. Wir müssen alles tun, was politisch möglich ist, um

die Löhne zu erhöhen: Der Mindestlohn muss auf mindestens 15 Euro steigen, Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Öffentliche Aufträge dürfen nur noch an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen. Ministerpräsident Kretschmer hat jedoch die Pläne für ein modernes Vergabegesetz beerdigt: „Gegen das Votum der Wirtschaft werden wir kein Gesetz machen.“ Dabei sind öffentliche Aufträge ein zentrales Mittel, um Druck für höhere Löhne zu machen. Die CDU nimmt lieber in Kauf, dass hunderttausende Menschen weiter in Vollzeit arbeiten, ohne davon leben zu können. Im Landtag haben wir 2006, 2012, 2018 und zuletzt 2022 ein gerechtes Vergabegesetz vorgeschlagen. Die Koalition lehnte ab – auch die AfD stimmte dagegen. Sachsen braucht eine Regierung, die für höhere Löhne kämpft! Wir haben auch immer wieder Veränderungen gefordert, damit gleiche oder gleichwertige Arbeit ohne Ansehen des Geschlechts gleich entlohnt wird. Lohndiskriminierung ist keine Privatsache, sondern ein strukturelles Problem. So müssen frauendominierte Berufe und Tätigkeiten generell aufgewertet werden.

📄 Drucksachen 7/10618, 7/15706

Sachsenweite Information der Öffentlichkeit im März 2022 mittels Großaufstellern zur „Herstellung der rechtlich-tatsächlichen Gleichstellung von Frauen sowie zur paritätischen Beteiligung und Teilhabe in allen Lebens- und Verantwortungsbereichen“



Ihr verdient mehr!

Schräg: Euer Einsatz wird immer noch schlechter bezahlt als der von Männern. Wir kämpfen im Landtag dafür, dass sich das ändert. Ohne euch steht alles still!

www.linksfraktion-sachsen.de/ihrverdientmehr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

- **Kinderarmut beseitigen:**

Jedes fünfte Kind und jeder fünfte Jugendliche unter 18 Jahren im Freistaat ist von Armut bedroht. Arme Kinder müssen auf vieles verzichten – gesunde Ernährung, Nachhilfe, den Sportverein, das Schwimmbad oder das Kino. Sie haben schlechtere Chancen auf Bildung und eine gute Zukunft. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Hochschule besuchen werden, ist deutlich geringer. Wir wollen Kinderarmut beseitigen und auf dem Weg dahin bestehende Armut abfedern. Dazu gehören echte Lernmittelfreiheit, eine kostenlose Mittagsversorgung an den Kitas und Schulen sowie geringere Elternbeiträge. Kinderarmut ist schließlich Elternarmut. Um sie zu überwinden, sind eine wirkliche Kindergrundsicherung und eine gerechtere Verteilung des Reichtums überfällig. Eine Kindergrundsicherung würde an die Stelle verwirrender, umständlich zu beantragender Einzelleistungen treten und wäre eine unbürokratische und vor allem gerechte Lösung. Aus armen Kindern werden oftmals die armen Jugendlichen von morgen und die armen Eltern von übermorgen. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden!

📄 Drucksachen 7/632, 7/11465, 7/14588, 7/15685

- **Bildung neu denken:**

Wir wollen nicht länger nur über fehlende Lehrkräfte und digitale Endgeräte sprechen, sondern einen Lernansatz etablieren, der zum 21. Jahrhundert passt. Nicht einseitige Leistungsorientierung, sondern das Kindeswohl gehört in den Vordergrund. Es darf nicht darum gehen, möglichst schnell möglichst viel Wissen in die Köpfe zu pumpen. Es kommt auf Motivation an, auf Neugier, Eigeninitiative und Teamgeist. Die Pandemie hat die soziale Schieflage des Bildungssystems verschärft. Wir müssen ran an die Baustellen des Bildungssystems und beispielsweise die Bedingungen für Gemeinschaftschulen verbessern, in denen länger gemeinsam gelernt wird!

📄 Drucksachen 7/1985, 7/5762, 7/7005, 7/7118, 7/7119, 7/7120, 7/9337, 7/12667, 7/13709

- **Kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen:**

Angesichts der Preissteigerungen ist es höchste Zeit, die Familien in Sachsen gerecht zu entlasten. Wir fordern, dass die kostenlose Mittagversorgung in Kitas und Schulen im Landeshaushalt verankert wird. Bis dahin brauchen die Eltern eine Soforthilfe in Form eines Preisdeckels,

damit sie nicht auf den enormen Preiserhöhungen sitzen bleiben. Die Staatsregierung soll außerdem ihre Möglichkeiten im Bundesrat nutzen,

um eine Mehrwertsteuersenkung für das Kita- und Schulesen zu erreichen.

📄 Drucksachen 7/10194, 7/15505



Wir brauchen eine neue Schulkultur, die niemanden zurücklässt und frei von Konkurrenz und Leistungsdruck ist.

Schule soll Eigeninitiative und Teamgeist fördern und dafür sorgen, dass die Kinder nicht die Lust am Lernen verlieren. Unsere Gesellschaft braucht kreative junge Menschen, die selbstständig Problemlösungen finden und lernen, Verantwortung für sich und ihr Handeln zu übernehmen.

Deshalb fordern wir:

- kleine Klassen und ausreichend Lehrkräfte
- Ausbau der Schulsozialarbeit
- längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen
- eine Schule, die neben Fachwissen auch Sozial- und Medienkompetenz vermittelt
- schnelles Internet und digitale Endgeräte für alle Schulen

Jedes Kind muss die gleichen Chancen auf gute Bildung haben, egal wo es wohnt, egal wie arm oder reich seine Eltern sind. Nur so kann es Bildungsgerechtigkeit geben.

Dafür streiten wir im Landtag. Es gibt viel zu tun, wir bleiben dran!

Wir wünschen allen einen guten Start ins neue Schuljahr!



www.linksfraktionsachsen.de/schule

- **Für gerechte Renten:**

Für 94 Prozent der Ostdeutschen ist die gesetzliche Rente die einzige Alterssicherung. Sie haben keine Betriebsrenten, Vermögenswerte oder Mieteinnahmen, um ihr Einkommen im Alter aufzubessern. Gleichzeitig ist das Lohngefälle zwischen Ost und West noch lange nicht beseitigt. Wir treten deshalb dafür ein, die – oft recht niedrigen – Ost-Einkommen bei der Rentenberechnung weiter höher zu werten. Sonst geraten künftig noch viel mehr Beschäftigte am Ende ihres Arbeitslebens in die Altersarmut und müssen Sozialleistungen beantragen. Die Zahl der Menschen, die Grundsicherung im Alter benötigen, steigt schon jetzt dramatisch schnell an, tausende Ruheständlerinnen und Ruheständler sind weiter berufstätig – keineswegs immer freiwillig. Keine Rente darf unter 1.200 Euro netto im Monat liegen! Die gesetzliche Rentenversicherung muss ausgebaut werden. Alle Erwerbstätigen sollen für ihre gesamten Einkünfte im Job und am Finanzmarkt Beiträge in den Rententopf entrichten – auch Beamte, Selbständige und Freiberufler wie Politikerinnen und Politiker. Den Forderungen nach einem höheren Renteneintrittsalter erteilen wir eine klare Absage. Die Beitragsbemessungsgrenzen müssen weg, damit Menschen mit hohen Einkommen

Abst



Aber und R

**30 Jahre nach der We
und Rente als im Wes**
Geldeinbußen sind vorpro
für Gerechtigkeit. Dafür k

Stand halten!



nicht bei Lohnrente.

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Vende gibt es im Osten immer noch oft weniger Lohnkosten. Die CDU-Regierungen haben diese Ungleichheit gewollt, programmiert – auch für kommende Generationen. Höchste Zeit zu kämpfen! Die Linksfraktion im Landtag! **#sogehsolidarisch**

www.linksfraktion-sachsen.de

pflichtgemäß zur Solidargemeinschaft beitragen. Wir haben uns außerdem dafür eingesetzt, dass Sachsen dem Härtefallfonds für jene Ostdeutschen beitrifft, die im Zuge der Rentenangleichung um einen Teil ihrer Ansprüche gebracht wurden. Der Freistaat sollte so wenigstens die symbolische Einmalzahlung aufstocken, die für einen kleinen Teil der Betroffenen vorgesehen ist. Zudem forderten wir eine Bundesratsinitiative, mit der Sachsen sich für einen echten Gerechtigkeitsfonds zugunsten aller vom Ostrenten-Unrecht Benachteiligten einsetzt. Die Liste der Berufs- und Personengruppen, deren Lebensleistung die Bundesregierungen teilweise entwertet haben, ist lang: Betroffene kommen aus wissenschaftlichen, technischen, pädagogischen, medizinischen und künstlerischen Berufen. Ehemalige Beschäftigte der DDR bei der Eisenbahn, der Post und in der Braunkohleveredlung sind dauerhaft schlechter gestellt als westdeutsche Kolleginnen und Kollegen. Besonders oft sind Frauen betroffen, beispielsweise Angestellte im Gesundheitswesen oder die nach DDR-Recht Geschiedenen.

📄 Drucksachen 7/1645, 7/1646, 7/3464, 7/3816, 7/7577, 7/8964, 7/12168, 7/14958

• **Energiepreise deckeln:**

Angesichts der Preissteigerungen haben wir den Runden Tisch Energiewirtschaft ins Leben gerufen und gemeinsam mit der Energie- und Wohnwirtschaft, Sozialverbänden und Verbraucherschutzorganisationen nach Lösungen gesucht. Das Ergebnis ist ein Zehn-Punkte-Plan, um die Menschen vor Preiserhöhungen zu schützen. Der Strom- und Gaspreis muss gedeckelt, Gas- und Stromsperrungen gesetzlich verboten werden. Niemand soll in Dunkelheit und Kälte sitzen müssen! Bislang gilt: Je ärmer die betroffenen Menschen sind, desto schlechter ist die Energieeffizienz des Gebäudes, in dem sie leben. Gerade diejenigen müssen am meisten heizen, die am wenigsten Geld dafür haben. Gleichzeitig fürchten sich gerade diese Menschen vor energetischen Sanierungsmaßnahmen, weil die Kosten auf die Mieten umgelegt werden. Dieses ungerechte System müssen wir umkehren und insbesondere dort energetische Sanierungsmaßnahmen beschleunigen, wo viele Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen leben. Dabei muss aber eine Schutzklausel gelten: Einkommensschwache Haushalte müssen vom Klimaschutz und Förderprogrammen besonders profitieren, ihnen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen.



Photo: Christopher Colditz

Das gilt sowohl für Miethaushalte als auch für Menschen mit Wohneigentum.

📄 Drucksachen 7/192, 7/7975, 7/8249, 7/10818, 7/10142, 7/11124, 7/13701

• **Sozial gerechter Klimaschutz:**

Sachsen muss seine Treibhausgas-Emissionen verringern. Wir schlagen ein Klimaschutzgesetz mit Minderungszielen für Stromproduktion, Wärmeerzeugung, Mobilität, Landwirtschaft, Industrie sowie Wald- und Forstwirtschaft vor. Dabei orientieren wir uns am

Pariser Klimaschutzabkommen, das die Klimaerwärmung wenigstens auf 1,5°C begrenzen soll – das wäre auch gerecht, denn Energie aus erneuerbaren Quellen ist die billigste und sie macht uns unabhängig. Bis 2035 soll die bilanzielle Stromproduktion in Sachsen zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern gespeist werden und bis zum Jahr 2045 ein klimaneutraler Industriestandort entstehen. Dabei müssen Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes ein Gewinn für alle sein. Dazu gehört auch, dass Menschen und Gemeinden von

Windrädern und Solarparks in ihrer Nachbarschaft profitieren, etwa in Form günstigerer Stromrechnungen oder durch eine zusätzliche Finanzspritze für die Gemeindekasse, mit der etwa das Kitaessen subventioniert werden kann. Wird Wohnraum klimagerecht saniert, dürfen Menschen mit niedrigen Einkommen prozentual nicht höher belastet werden als Menschen mit hohem Einkommen. Investitionskosten dürfen nur so weit umgelegt werden, wie Miethaushalte bei der Energierechnung einsparen.

📄 Drucksachen 7/4895, 7/7642, 7/11084, 7/12282, 7/15543

• **Bezahlbares Wohnen:**

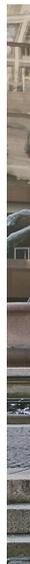
In Dresden und Leipzig sind bezahlbare Wohnungen knapp. Gleichzeitig hat die Koalition es sehr lange zugelassen, dass Wohnraum für Ferienwohnungen oder Gewerberäume zweckentfremdet oder in Erwartung höherer Rendite leer stehen gelassen wird. Wir haben bereits 2021 ein Gesetz vorgelegt, das es den Kommunen ermöglichen sollte, wirksam dagegen vorzugehen. Denn das Problem betrifft tausende Wohneinheiten. Hätte die Koalition es umgesetzt, wären nicht wertvolle Jahre verstrichen, bis die Koalition per eigenem Gesetz wenigstens einen Teil dieses Problem gelöst hat. Gleichzeitig ist es

gut, dass die Mietpreisbremse für Dresden und Leipzig endlich gilt – doch die Freude ist getrübt, denn die Staatsregierung ermöglichte auch sie erst sehr spät und als Instrument genügt sie nicht. Außerdem fehlt neuer Schub für den Sozialwohnungsbau, den realistische Förderprogramme bringen würden. Sozialwohnungen sollen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben! Bisher werden private Konzerne staatlich dafür subventioniert, dass sie eine befristete soziale Zwischennutzung ermöglichen. Soziale Wohnraumförderung soll stattdessen öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen zukommen, die dauerhaft bezahlbare Mieten garantieren. Grundsätzlich halten wir auch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft für nötig, die mit den kommunalen Gesellschaften bezahlbaren Wohnraum schafft, wo das nötig ist. Dazu muss auch der Leerstand abseits der Großstädte genutzt werden.

📄 Drucksachen 7/107, 7/891, 7/2404, 7/2417, 7/3270, 7/6134, 7/8495, 7/12173, 7/14784, 7/14878

• **Gesundheitswesen stärken:**

Die Bevölkerung besteht zu Recht auf einer guten Versorgung – schließlich bezahlt sie dafür Beiträge. In Sachsen gibt es aber nach wie vor große Lücken in der ärztlichen Versorgung, Kranken-



hausstandorte wackeln und es wird zu wenig in Prävention investiert, etwa in den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Viele Probleme wurden durch Pandemie und Preiserhöhungen verschärft – neben gravierendem Personalmangel droht Krankenhäusern, Stationen und Abteilungen die Schließung, wenn sie nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Die Staatsregierung lässt die Häuser seit Jahren bei den Investitionskosten hängen. All diese Probleme sind Folgen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Ärztliche Versorgung muss jederzeit wohnortnah erreichbar sein.

Deshalb fordern wir den breiten Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Krankenhausinvestitionen müssen viel stärker aus dem Landeshaushalt kommen. Alle Standorte sollen erhalten bleiben, wenigstens als Medizinisches Gesundheitszentrum. Über die Budgets der Häuser soll jährlich mit den Kostenträgern verhandelt werden. Niemand soll mehr Profit aus den Kliniken ziehen. Und der Ärztemangel muss endlich überwunden werden: Die Ausbildungskapazitäten müssen schnellstens erweitert werden, insbesondere muss es mehr Studienplätze für Humanmedizin



geben. Bürokratie muss reduziert und die Vergütung regelmäßig angepasst werden, schon damit die Praxen dem benötigten Personal attraktive Bedingungen bieten können. Jede Leistung muss bezahlt werden – ob sie notwendig sind, können nur die Ärztinnen und Ärzte selbst beurteilen, weil sie die Fälle kennen.

📄 Drucksachen 7/1983, 7/2806, 7/4466, 7/10042, 7/12635, 7/13011, 7/13330, 7/13851

• **Pflege reformieren:**

Die enormen Eigenanteile bei der stationären Pflege müssen gedeckelt werden – dafür muss Sachsens Regierung in Berlin streiten und befristet ein Landespflegegeld einführen. Pflege darf niemandem zum Sozialfall machen. Damit die Eigenanteile sinken, sollten die Altenpflegeeinrichtungen Zuschüsse zu Investitionskosten erhalten. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen und Einkommen im Pflegesektor dauerhaft verbessert werden. Dazu gehören auch mehr Ausbildungsplätze und finanzielle Anreize für die Ausbildung. Finanzierbar wäre das alles über eine solidarische Pflege-Vollversicherung, in die alle Menschen einzahlen.

📄 Drucksachen 7/525, 7/9287, 7/13387, 7/14317, 7/14877



Foto: photo case/Addictive Stock



Krankenhäuser und Arztpraxen überall dort, wo sie gebraucht werden!

Sichere Gesundheitsversorgung überall – auch in Ganztags-Polikliniken: Dafür arbeiten wir im Landtag. Gesundheit ist ein Recht, keine Ware!
www.linksfraktion-sachsen.de/gesundheit

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

• **Nazi-Umtriebe aufdecken und bekämpfen:**

Auch in dieser Legislatur haben wir mit kontinuierlichen Anfragen im Landtag die Zivilgesellschaft dabei unterstützt, die extreme Rechte zu bekämpfen. Die erste Voraussetzung für den Schutz der Demokratie ist es, das Handeln ihrer Feinde offenzulegen. Wir haben beständig veröffentlicht, was die Staatsregierung weiß (oder auch nicht) – über Themen wie Strukturen und Personal der extremen Rechten, deren Veranstaltungen, Straftaten,

Waffenbesitz, Treffobjekte, Konzerte, auch über rechtsextreme Vorfälle an Schulen und weitere Themen. Wir haben uns dafür eingesetzt, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Projekte mit öffentlicher Förderung zu unterstützen und antifaschistisches Engagement zu entkriminalisieren. Parallel treten wir für eine wirksame Erinnerungspolitik ein, um das Gedenken an die Menschheitsverbrechen der Nazis wachzuhalten.

📄 Drucksachen 7/894, 7/2246, 7/2258, 7/4528, dazu dutzende Kleine Anfragen



Großflächenkampagnen

Wir haben regelmäßig auch Großflächenkampagnen genutzt, um über unsere Arbeit im Parlament zu informieren.

2020: Abstand halten – aber nicht mehr bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West!

Auf den Tag genau 31 Jahre nach dem Mauerfall enthüllten wir unser Motiv, mit dem wir den Abstand bei Lohn und Rente zwischen Ost und West kritisieren. Für die gleiche Arbeit muss es in Ost und West denselben Lohn und dieselben Rentenansprüche geben!

2022/1: Ihr verdient mehr!

Die Linksfraktion begleitete den Frauentag am 8. März 2022 mit einer Großflächenkampagne und warb für Geschlechtergerechtigkeit, faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. www.linksfraktionsachsen.de/ihrverdientmehr

2022/2: Es reicht – Preise runter!

2022 überfiel Russland die Ukraine – das trieb die Preise in ungekannte Höhen. Die Linksfraktion forderte deutliche Entlastung für diejenigen Bevölkerungsteile, die unter den Preiserhöhungen leiden. Wärme, Lebensmittel und Mobilität müssen

bezahlbar sein! Krisengewinne müssen abgeschöpft und umverteilt werden.

2023/1: Nur faire Löhne halten Talente!

Sachsen hat vergleichsweise geringe Löhne und eine geringe Zahl an Betrieben, die nach Tarif zahlen. Der Staat muss vorangehen, indem er Aufträge nur an Unternehmen vergibt, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen. Diese und weitere Lösungen für das Fach- und Arbeitskräfteproblem: www.linksfraktionsachsen.de/fachkraefte

2023/2: Für eine stabile und wohnortnahe Gesundheitsversorgung!

Ob in Arztpraxen, Polikliniken oder Krankenhäusern: Gesundheitsversorgung muss rund um die Uhr für alle Bevölkerungsgruppen vorgehalten werden. Wer Hilfe braucht, muss sie zügig bekommen, ohne weite Wege. Über medizinische Maßnahmen muss frei von betriebswirtschaftlichem Kalkül entschieden werden! www.linksfraktionsachsen.de/gesundheit

2024: Für bessere Löhne in Sachsen!

Für die zweite Maihälfte 2024 ist eine weitere Großflächenkampagne geplant.



Talk-Reihen „Gebhardt trifft“ und „Sozusagen“

Mit zwei Veranstaltungsreihen haben wir diskutiert, wie wir den Freistaat gerechter, friedlicher, demokratischer machen können. In seiner Reihe **„Gebhardt trifft“** kam Fraktionschef Rico Gebhardt mit interessanten Persönlichkeiten ins Gespräch, darunter der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, der SPD-Politiker Frank Richter, die Zwickauer Oberbürgermeisterin Constance Arndt, die frühere sächsische GEW-Chefin Uschi Kruse, der Leipziger Handwerkskammer-Hauptgeschäftsführer Volker Lux, der Sozialarbeiter Tobias Burdukat, die Kultur-Aktivistin Dorit Baumeister und der Seelsorger Franz Steinert.

[www.linksfraktionsachsen.de/
gebhardttrifft](http://www.linksfraktionsachsen.de/gebhardttrifft)

Im Online-Talkformat **„Sozusagen“** sprachen die linken Abgeordneten mit Menschen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Themen wie Kinderarmut, die Arbeitsbedingungen bei Lieferdiensten, der Strukturwandel in der Lausitz, die Lage der Kulturschaffenden, ostdeutsche Erfahrungen und Mittel gegen die extreme Rechte.

[www.linksfraktionsachsen.de/
sozusagen](http://www.linksfraktionsachsen.de/sozusagen)

Landesweit verteilte Zeitung „links im landtag“

In dieser Wahlperiode haben wir uns sechsmal mit einer landesweit verteilten Zeitung an alle erreichbaren Haushalte gewandt – die siebente Ausgabe der „links im landtag“ zieht im Mai 2024 Bilanz unserer Arbeit. Die vorausgegangenen Ausgaben hatten die Schwerpunktthemen Krankenhausreform, Ärzteversorgung, bezahlbare Preise, Inflationsbekämpfung, Bildungspolitik und Gerechtigkeit. Die Auflage lag jeweils bei etwa 1,8 Millionen Exemplaren.

Weitere Projekte – eine kleine Auswahl

- **Sozial-ökologische Industriepolitik:**

Wir wollen den sächsischen Industriestandort erhalten und zukunftsfähig aufstellen. Statt weiter Billiglohnstandort für westdeutsche oder ausländische Konzerne zu sein, wollen wir zukunftsfähige Industrien im Freistaat halten und weitere Standorte der Forschung und Entwicklung aufbauen. Schon jetzt arbeiten in Sachsen mehr Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien als in der Kohleverstromung. Für den Klimaschutz notwendige Industrien wie die Solarindustrie oder der Waggonbau haben in Sachsen also Tradition – und sind doch von Werkschließungen und Abbau von Beschäftigung geplagt. Außer leeren Worten des Bedauerns hat die Staatsregierung den Beschäftigten nicht viel anzubieten. Wir fordern, dass zentrale Industrien staatlich gestützt und Transformationsbeiräte der Beschäftigten eingerichtet werden. So sichern wir gute Arbeitsbedingungen und die Unabhängigkeit von auswärtigen Kapitalinteressen.

📄 Drucksachen 7/926, 7/9789, 15622

- **Alleinerziehende entlasten:**

Wir haben einen Runden Tisch zur Lage von Alleinerziehenden ins Leben gerufen, weil wir der Meinung sind, dass die Expertise der Betroffenen und ihrer Verbände einbezogen werden sollte. Insofern dringen wir auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages, der einen Landesaktionsplan zu deren Unterstützung vorsieht. Die Betroffenen brauchen eine flexible und bezahlbare Kinderganztagesbetreuung, niedrigschwellige, barrierefreie Beratungs- und Unterstützungsangebote, das Recht auf Teilzeit in Ausbildung, Studium und Arbeit sowie bis zu 24 Monate lang Elterngeld.

📄 Drucksachen 7/5233, 7/6134;
www.linksfraktionsachsen.de/alleinerziehende

- **Weg mit den Kita-Elternbeiträgen:**

Immer mehr Kommunen müssen wegen Geldmangels noch höhere Elternbeiträge für die Kita-Betreuung verlangen. Während elf der 16 Bundesländer ganz oder teilweise auf Kita-Gebühren verzichten, sind Schritte in diese Richtung in Sachsen nicht erkennbar. Der Verzicht auf die Kita-Gebühren ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Die Mehrheit der Bundesländer hat – aus guten Gründen – diese Priorität für sich gesetzt. Sachsens Regierung aber hält weiter eisern an den Eigenanteilen fest, trotz der allgemeinen Teuerung und obwohl in Sachsen besonders viele Eltern für ihre Arbeit schlecht bezahlt werden. Wir wollen, dass Sachsen sich in Richtung Entlastung auf den Weg macht. So lassen sich wie in anderen Ländern Betreuungsjahre oder Altersgruppen beitragsfrei stellen oder die Beiträge pauschal absenken. Ab dem 1. August 2024 müssen die Eltern in Brandenburg keine Beiträge mehr für die Kita-Betreuung zahlen. Übrigens: Um den Personalmangel zu lindern, muss eine Ausbildungsvergütung für angehende Erzieherinnen und Erzieher her!

📄 Drucksachen 7/10194, 7/14316

• **Mobilität für alle:**

Die große Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket zeigte: Die Bevölkerung hat Lust auf Bus und Bahn, wenn diese kostengünstig nutzbar sind. Doch was nützt am Ende ein preiswertes Ticket, wenn die Straßenbahn überfüllt ist oder gar kein Bus fährt? Die Verkehrswende gelingt nur, wenn die Preise niedrig, die Verbindungen attraktiv und die Fahrzeuge modern sind. Dafür ist eine große Kraftanstrengung nötig – wir fordern ein ÖPNV-für-alle-Gesetz, das Mindestbe-

dienstandards sichert. Dazu gehört es, stillgelegte Schienenstrecken zu reaktivieren. Außerdem muss Sachsen wie andere Bundesländer Ermäßigungen zum Deutschlandticket gewähren.

📄 Drucksachen 7/5778, 7/9942, 7/13852

• **Konsequent gegen Häusliche Gewalt:**

Statistisch gesehen wird an jedem dritten Tag in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Auch in Sachsen gibt es nach wie vor jährlich tausende Fälle von häuslicher Gewalt, jede vierte Frau ist betroffen. Der Kampf dagegen muss viel entschlossener geführt werden, denn geschlechtsspezifische Gewalt ist ein Problem unserer gesamten Gesellschaft. Sachsen muss seine Aufgaben im Gewaltschutz erfüllen und die Istanbul-Konvention vollständig umsetzen. Frauenschutzeinrichtungen und Interventionsstellen sollen langfristig auskömmlich gefördert werden und flächendeckend vorhanden sein. Die Finanzierung der Frauenschutzeinrichtungen muss zur kommunalen Pflichtaufgabe werden. Gewaltopfer können und dürfen nicht warten. Schluss damit, dass schutzsuchende Menschen – gleich welchen Geschlechts – wegen Überfüllung abgewiesen werden müssen.

📄 Drucksachen 7/3817, 7/14957

- **Mehr Zeit für Kinder und Familien:**

Wir fordern die Einführung eines „Kinder- und Familienfreitags“ als zusätzlichen gesetzlichen Feiertag. Wir wollen den Eltern und Großeltern mehr Zeit für sich und ihre Kinder einräumen und zugleich die Aufmerksamkeit auf die Kinder, ihre Lebenssituation und ihre Rechte lenken. In vielen Ländern ist der Internationale Kindertag bereits jetzt ein Feiertag. Die Einführung eines Kinder- und Familienfreitags wäre ein wichtiger Schritt, um Sachsen kinderfreundlicher zu machen.

📄 Drucksache 7/6595

- **Selbstbestimmung vor und während einer Schwangerschaft:**

Wir wollen auch das Selbstbestimmungsrecht von ungewollt Schwangeren stärken. So soll landesweit ein bedarfsgerechtes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen gesichert werden, die über Schwangerschaftsabbrüche beraten und dieselben vornehmen. Alle Schwangeren sollen ungehinderten und barrierearmen, wohnortnahen und weltanschaulich freien Zugang zu Schwangerschaftskonfliktberatung und – im Falle der Entscheidung für einen Abbruch der



Jenko Ataman - stock.adobe.com

Schwangerschaft – denselben Zugang zu Praxen und Kliniken, die Abbrüche vornehmen, bekommen. Auch Beratungsangebote muss barrierefrei und bei Bedarf mehrsprachig stattfinden. Selbstbestimmung ist auch an anderer Stelle nötig: Seit 2009 werden in Sachsen Kinderwunschbehandlungen finanziell gefördert. Manche Paare können einen Zuschuss zu den sehr hohen Kosten einer Kinderwunschbehandlung erhalten, wenn sie ungewollt kinderlos sind. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern unterstützt der Freistaat allerdings nur verschiedengeschlechtliche Paare. Gleichgeschlechtliche Paare, alleinstehende Frauen und Menschen, die schwanger werden können, erhalten keine Unterstützung. Wir wollen die Kinderwunschförderung für alle Betroffenen öffnen.

📄 Drucksachen 7/8407, 7/13495

- **Inklusion statt Barrieren:**

Jeder zehnte Mensch in Sachsen lebt mit einer Behinderung, doch überall erschweren Barrieren gleichberechtigte Teilhabe. Schon in der Schule lernen viele Kinder mit Förderungsbedarf getrennt von anderen. Das setzt sich in Ausbildung, Studium und Beruf fort. Auch in der Politik sind Menschen mit Behinderungen unterrepräsentiert. Wir setzen uns für eine inklusive

Gesellschaft ein und fordern dafür bessere gesetzliche Grundlagen, von der Bauordnung über die Kita-, Schul- und Hochschulgesetze bis hin zum Inklusionsgesetz. Unser Schwerpunkt liegt beim Thema Arbeit: Mit einer Großen Anfrage und zwei Fachtagen haben wir mit Betroffenen und Akteuren aus der Praxis Vorschläge erarbeitet, wie die Arbeitswelt inklusiver werden kann. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen müssen reformiert werden und deutlich mehr Übergänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen. Arbeitgeber sollten dabei mitwirken, der Freistaat kann besser vermitteln. Inklusive Beschäftigungsstrukturen im öffentlichen Dienst können Vorbild sein, ein nach sozialen Kriterien funktionierendes Vergaberecht liefert zusätzliche Anreize. Konkrete politische Instrumente wie das Budget für Arbeit können deutlich effektiver genutzt werden.

📄 Drucksachen 7/1986, 7/5900, 7/8467, 7/9968, 7/10373, 7/11524, 7/13510, 7/13555, 7/15502

- **Investitionsbremse abschaffen:**

Niemand fordert, Geld zu verpulvern. Das andere Extrem, staatliche Kreditaufnahme nur bei Naturkatastrophen und in außergewöhnlichen Notsituationen zu erlauben, ist aber genauso schädlich. Zu viele Politikerinnen und

Politiker glauben, sie bekämen am Wahltag Stimmen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Das ist Quatsch – aber so verhindert der Fetisch Investitionsbremse wichtige Investitionen in Bildung, Soziales, Klimaschutz, in bezahlbaren Wohnraum, Schulen, Kitas, Verkehrswege. Das belastet kommende Generationen. Diese haben am meisten davon, wenn die Infrastruktur intakt ist und der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Deshalb sollte vernünftig investiert werden, bei Bedarf mit Krediten. Die Landesverfassung muss geändert werden, auch damit mehr Zeit für die Tilgung bleibt als die vorgeschriebenen acht Jahre! Sonst fehlt Geld in vielen wichtigen Bereichen wie Bildung und Soziales.

📄 Drucksachen 7/7337, 7/12169

• **Nahversorgung fördern:**

Überall dort, wo Angebote der Nahversorgung weggebrochen sind, sollten öffentlich gestützte Alternativen entstehen. Das lässt sich erreichen, indem gemeinschaftlich organisierte Einkaufsmöglichkeiten wie genossenschaftliche oder vereinsgetragene Dorfläden finanziell unterstützt werden, oder indem dort ein öffentlich gefördertes Nahversorgungsnetz aufgebaut wird, wo sich die Privatwirtschaft zurückgezogen hat.

📄 Drucksache 7/893

• **Breitensport fördern, Vereine stärken, Sportanlagen verbessern:**

Sport ist nicht nur für körperliche Gesundheit sehr wichtig, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Breitensport ist das Rückgrat der sächsischen Sportlandschaft. Wir waren ständig mit Vereinen im Kontakt und haben mit einer Großen Anfrage auf Missstände im Sportbereich aufmerksam gemacht. Wir treten dafür ein, den Investitionsstau der Sportanlagen abzubauen und mehr Geld in die Sportinfrastruktur zu investieren. Wir haben auch mehr Unterstützung für die Ehrenamtlichen gefordert, sei es durch Ausgleich des Verdienstaufschlags oder Bildungsfreistellung. Außerdem wollen wir Sport für alle zugänglich machen: Das bedeutet vor allem, gegen Diskriminierung im Sport vorzugehen und strukturelle Barrieren abzubauen.

📄 Drucksachen 7/4010, 7/7648, 7/10401, 7/13238

• **Strukturwandel neu ausrichten:**

Das bisherige Verfahren der Projektvergabe nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ ist gescheitert. Wir fordern einen Neustart im Strukturwandel, der stärker auf die Beteiligung der Menschen vor Ort ausgerichtet ist. Die Kommunen brauchen mehr Zeit

und Personal für eine nachhaltige Projektentwicklung. Die Interessen von Frauen, Kindern und Jugendlichen müssen stärker berücksichtigt werden. Wir fordern mehr Transparenz, Beteiligung und eine wissenschaftliche Begleitung des Prozesses. Statt das Schreckensszenario wegfallender Arbeitsplätze heraufzubeschwören, müssen wir die Fördermittel dazu nutzen, die Braunkohleregionen attraktiv für Fachkräfte zu machen.

📄 Drucksachen 7/2193, 7/5439, 7/7628, 7/13752

• **Beteiligung an Wind- und Solarparks:**

Bezahlbare Energie gibt es bald nur noch aus erneuerbaren Quellen. Umso wichtiger ist es, die Wind- und Solarenergie stärker zu nutzen. Die Vorbehalte gegenüber dem Bau neuer Windräder oder Solarparks sind jedoch vielerorts groß – schließlich haben die wenigstens Menschen etwas davon, wenn vor ihrer Tür ein Windpark entsteht. Wir wollen das ändern: Die Leute müssen an den Anlagen in ihrer Nachbarschaft mitverdienen – etwa in Form billigeren Stroms. Wir haben die Regierung unter Druck gesetzt, das endlich gesetzlich zur Pflicht zu machen.

📄 Drucksache 7/15543

• **Reparaturbonus einführen:**

Gerade bei älteren Elektrogeräten sind die Reparaturkosten im Vergleich zum Neukauf oft unverhältnismäßig hoch. Daher schrecken viele Verbraucher vor einem Reparaturauftrag zurück und kaufen lieber gleich ein neues Produkt. Wer weder über das nötige Geld für eine Reparatur noch für ein Neugerät verfügt, ist dabei besonders in Not. Wir haben dafür Druck gemacht, dass Sachsen nach Thüringer Vorbild einen solchen Bonus einführt, der auch dem lokalen Handwerk hilft.

📄 Drucksache 7/6987

• **Mehr arbeitsfreie Tage:**

Ostdeutsche arbeiten im Bundesvergleich länger für weniger Geld – schon daher wäre es gerecht, mehr Feiertage zu gewähren. In Sachsen sind sechs gesetzliche Feiertage an ein Datum gebunden – immer wieder fallen sie allerdings auf das Wochenende und damit ersatzlos weg. Die Beschäftigten sollten diese Tage nicht mehr verlieren. In 85 Ländern, darunter Belgien, Spanien und Großbritannien, werden Wochenend-Feiertage am darauffolgenden Werktag nachgeholt. Wir schlagen ein Ersatzfeiertagsgesetz vor, damit das auch im Freistaat der Fall ist. Sachsen ist übrigens das einzige Bundesland, in dem ein Feiertag die

Beschäftigten sogar Geld kostet: Weil die Biedenkopf-CDU das so wollte, fällt für den Buß- und Betttag ein höherer Pflegebeitrag an. Das kostet Jahr für Jahr bis zu 300 Euro pro Person. Wir wollen diesen Feiertag behalten, aber die Unternehmen wieder gerecht die Sozialversicherung mitbezahlen lassen.

📄 Drucksache 7/10915

- **Zeitgemäßer Bevölkerungsschutz:**

Nötig sind standardisierte und im Katastrophenfall verlässliche Führungsstrukturen, eine landesweite Harmonisierung der Einsatzplanung und ein landesweites Sirensystem. Die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und die Digitalisierung von Kommunikationssystemen sind erforderlich, um Hochwassern, Pandemien, großen Unfällen oder Terroranschlägen zukünftig besser gewachsen zu sein. Gleichzeitig haben wir uns beständig dafür eingesetzt, die Feuerwehren besser auszustatten.

📄 Drucksache 7/9436

- **Katzenleid vermeiden:**

Je mehr Katzen herrenlos herumstreunen, desto größer ist das Tierleid. Katzen sind keine Wildtiere: Ohne menschliche Obhut sind sie erheblichem Stress ausgesetzt, unterernährt und anfällig für Krankheiten.

Die Kommunen sollen die Besitzer freilaufender Katzen verpflichten dürfen, ihre Tiere zu kastrieren, zu kennzeichnen und zu registrieren. Die Kastration verhindert, dass potente Tiere aus Privathaltung zusätzlich zur Reproduktion der herrenlosen Katzen beitragen. Wir wollen die Kommunen nicht dazu verpflichten, eine Kastrationspflicht einzuführen. Wir wollen ihnen aber dieses Instrument in die Hand geben.

📄 Drucksache 7/10250

- **Zeitzeugnisse erhalten:**

Die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen muss leben! Daher ist es schlecht, wenn historische Gebäude abgerissen oder entstellend umgebaut werden, die Teil einer wirksamen Erinnerungspolitik sein müssen. Das gilt für die fast vollständig abgerissene Kommandantenvilla im ehemaligen KZ Sachsenburg genauso wie für die Busgarage der NS-Krankenmordanstalt in Pirna-Sonnenstein, in der Eigentumswohnungen entstehen sollen. Es müssen dringend Regelungen geprüft werden, die private Eigentümer unkenntlich zu machen oder zu zerstören. Immerhin entsteht in Sachsenburg inzwischen eine Gedenkstätte: Nirgends war die Dichte der „Frühen Konzentrationslager“ höher als in Sachsen.

📄 Drucksachen 7/9191, 7/15331, 7/15831

- **Unverdiente Auszeichnung für Sachsenmilch-Boss:**

Der Milch-Milliardär Theo Müller lebt seit Jahren als Steuerflüchtling in der Schweiz. Daher reiste Ministerpräsident Kretschmer 2021 eigens nach Zürich, um ihm den Sächsischen Verdienstorden anzuheften – angeblich für Verdienste um die Blasmusik. Wir machten den Vorgang zum Thema im Landtag, denn mit dieser untertänigen Gefälligkeits-ehrerung hat Kretschmer den Freistaat blamiert und jene Beschäftigten

verhöhnt, die unter kritikwürdigen Bedingungen Müllers Wohlstand erarbeiten. Was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist Müller persönlich. Es gebe nur drei Dinge, um die er sich als Unternehmer kümmern müsse: Gewinn, Gewinn, Gewinn. Inzwischen hat Müller auch bestätigt, dass er Kontakte zur AfD unterhält. Er habe „nicht den geringsten Anhaltspunkt“ für NS-Ideologie entdecken können.

📄 Drucksache 7/7552

Opposition von links wirkt – wenn auch oft zeitverzögert

In Sachsen herrscht die Unkultur, dass die Regierungsbündnisse – bisher sämtlich CDU-geführt – alle Vorschläge der Opposition aus Prinzip ablehnen, so vernünftig diese auch sein mögen. Es kommt aber vor, dass die Regierung nach einiger Zeit selbst Maßnahmen ergreift, welche die Linke vorgeschlagen hatte. Opposition wirkt also, nicht nur bei der Regierungskontrolle!

Im Vorfeld der Landtagswahl 2019 haben wir in einem breiten Bündnis den Volksantrag zur Einführung des längeren gemeinsamen Lernens unterstützt und im Landtag dafür Druck gemacht.

2020 hat die Regierung diese Schulart schließlich geschaffen. Allerdings verhindern hohe Hürden, dass viele Gemeinschaftsschulen gegründet werden – diese Hürden müssen fallen.

2021 hatten wir unter Verweis auf das Vorbild Thüringen gefordert, einen **Reparaturbonus** in Sachsen einzuführen. Seit November 2023 gibt es die Förderung tatsächlich.

In der Haushaltsdebatte 2021 konnten wir erreichen, dass die Staatsregierung **„Housing First“-Projekte zugunsten wohnungsloser Menschen** stärker finanziert.

In der Debatte zum Hochschulgesetz 2023 hat die Koalition auch auf unseren Druck hin geregelt, dass **Studierende dem gesetzlichen Diskriminierungsschutz** unterliegen. Zudem wurde die Zahl der Prüfungsversuche erhöht und dafür gesorgt, dass es Inklusionsbeauftragte an den Hochschulen gibt.

Ebenfalls 2023 hat der Rüstungskonzern Rheinmetall Abstand von seinen Plänen genommen, eine **Pulverfabrik auf dem ehemaligen Militärflugplatz** in Großenhain zu errichten. Der Protest, den wir auch aus dem Landtag heraus unterstützt haben, hat gewirkt. Wir konnten zudem dazu beitragen, dass das **Frühe Konzentrationslager Sachsenburg** zur Gedenkstätte wird.

Zudem haben wir erfolgreich eingefordert, damit die Regierung ihre **Förder Richtlinien für den Wohnungsbau** an die Realität anpasst – 2023 konnten wir realistischere Förderkonditionen für den Sozialwohnungsbau erreichen.

Auf unseren Druck hin wurden Freiwilligendienstleistende in den Geltungsbereich des **Bildungstickets** aufgenommen.

Anfang 2024 folgte die Koalition unserer Forderung, dass Studierende **bei Prüfungsunfähigkeit nur noch eine ärztliche Bescheinigung** vorlegen,

nicht aber dem Prüfungsausschuss Symptome mitteilen müssen.

Ebenfalls in diesem Jahr verkündete das Wirtschaftsministerium stolz, dass eine **„Kompetenzstelle Nachhaltige Beschaffung“** künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beratend zur Seite stehen werde, um soziale und ökologische Kriterien stärker durchzusetzen. 2022 hatten wir genau das im Landtag gefordert. Druck gemacht hatten wir auch für ein modernes Vergabegesetz, um diese Kriterien überhaupt zu verankern: Doch die lange angekündigte Gesetzesnovelle kam nicht zustande. Wir bleiben dran – die Regeln müssen verändert werden, damit nicht mehr derjenige den Zuschlag kriegt, der zulasten der Beschäftigten und der Umwelt das billigste Angebot macht.

2023 haben die Regierung auch erfolgreich dazu gedrängt, ein Gesetz gegen die **Zweckentfremdung von Wohnraum** zu forcieren. In Gebieten mit Wohnraummangel wird Zweckentfremdung durch touristische Vermietung und mehr als zwölfmonatigen Leerstand verboten oder eingeschränkt. Der Landtag beschloss das Gesetz Ende Januar 2024.

Mehrfach haben wir zudem Gesetzesentwürfe vorgelegt, die darauf abzielen,

dass **die Betreiber von Wind- und Solarparks einen Teil der Erträge abgeben**. Die Leute müssen an den Anlagen in ihrer Nachbarschaft mitverdienen – etwa in Form billigeren Stroms oder eines zusätzlichen Budgets für die Kommune. Die Koalition hat immerhin ein solches Beteiligungsgesetz angekündigt.

Bildungspolitisch konnten wir weitere Akzente setzen. Seit 2020 hatten wir einen Runden Tisch zur Zukunft des Schulwesens gefordert. Inzwischen hat die Staatsregierung den Prozess „Bildungsland 2030“ in Gang gesetzt. Unsere Forderung, **Schulbudgets für externes Personal** einzurichten, das die Lehrkräfte entlastet, wurde an bisher 400 Schulen umgesetzt. Außerdem wird die Lehramtsausbildung zunehmend regionalisiert.

Auch im Bereich **Tierschutz** konnten wir Verbesserungen erreichen – in den Haushaltsverhandlungen forderten wir mehr Geld für Tierheime und Tierschutzvereine. Die Koalition kam uns entgegen, wenn auch nicht weit genug. Zudem haben wir immer wieder die Einsetzung einer Landestierschutzbeauftragten gefordert. Anfang 2024 wurde sie berufen.

Wir haben uns zudem erfolgreich für eine **bessere Kulturförderung**

eingesetzt – sei es zugunsten kleiner Projekte, der Kulturräume oder bei der Gastspielförderung. Die Kulturstiftung erleichtert es den Kunstschaffenden, ihre Arbeiten an neuen Orten auszustellen.

Mit wiederholten Vorschlägen – bereits in der letzten Wahlperiode – wirkten wir darauf hin, dass Sachsen endlich ein **Integrationsgesetz** bekommt. Und obwohl das Gleichstellungsgesetz weiterhin große Lücken aufweist, ist es auch unserem Druck zu verdanken, dass das „Frauenfördergesetz“ von 1994 inzwischen ersetzt wurde. Wir konnten zum Beispiel eine bessere finanzielle Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten erreichen. Auch in Sachen **Gewaltschutz** haben wir Fortschritte erreicht: In jedem Landkreis gibt es jetzt eine Frauen- und Kinderschutzeinrichtung. Seit 2017 existieren Männerschutzeinrichtungen, was wir bereits 2015 gefordert hatten. Die Beratung (mit) betroffener Kinder wird gefördert.

Von Beginn an fordern wir **Transparenz und eine breite Beteiligung beim Strukturwandel** in den Kohleregionen. Kleine Verbesserungen wurden auf unseren Druck hin erreicht: Immerhin gibt es nun eine interaktive Karte mit den laufenden Strukturwandelprojekten,

die ehrenamtlichen Mitglieder der Regionalen Begleitausschüsse bekommen eine Aufwandsentschädigung für ihre Arbeit und die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung veröffentlicht Zwischenstände der Projekte, um den Stand des Strukturwandelprozesses nachvollziehbarer zu machen.

Und, nicht zu vergessen: Aufgrund einer Klage, die Abgeordnete der Linksfraktion 2019 gemeinsam mit der Grünen-Fraktion eingereicht haben, hat der

Verfassungsgerichtshof 2024 **weite Teile des verschärften Polizeirechts in Sachsen verworfen**. Wir verteidigen die Bürgerrechte!

Infolge des beharrlichen Drucks durch parlamentarische Anfragen unseres Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt musste die Staatsregierung zudem zahlreiche **Sicherheitsmängel im Grünen Gewölbe** in Dresden zugeben – diese hatten den Juwelenraub von 2019 begünstigt.



Foto: Christopher Colditz

www.linksfraktionsachsen.de